

V-20 Für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt. Gegen den radikalisierten Konservatismus der Berliner CDU und die Entrechtung von Schutzsuchenden in Berlin

Gremium: LAG Migration und Flucht
Beschlussdatum: 25.10.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit.
2 Jeder Mensch
3 ist einzigartig und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen und
4 unteilbaren
Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.“ – so lautet der erste
Satz im
Bündnisgrünen Grundsatzprogramm.

5 Der Fakt, dass Rechte für alle gleich gelten, ist ein zentraler Bestandteil einer
6 funktionierenden Demokratie. Die Würde und Freiheit eines jeden Individuums sind
7 eng mit
stabiler Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verbunden.

8 Unser Land ist vielfältiger denn je, was zu einer dynamischeren, kreativeren und
9 inklusiveren Gesellschaft führt. Die Grundlage dieser Gesellschaft ist eben die
10 Allgemeingültigkeit ihrer rechtlichen Basis. Diese gibt Sicherheit, fördert den
11 sozialen
Zusammenhalt und bereichert das wirtschaftliche sowie kulturelle Leben.

12 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Politik ein, die die Vielfalt unserer
13 Gesellschaft als Stärke sieht und die Freiheit aller verteidigt. Wir gestalten
14 die Zukunft
Deutschlands als eine gerechte, offene und vielfältige Migrationsgesellschaft.

15 **Der Prüfstein dieser Prinzipien besteht darin, wie wir mit unseren schwächsten
16 Mitgliedern
umgehen, denjenigen, die nicht für sich lobbyieren können.**

17 Eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit schützt die Rechte aller, insbesondere
18 der
19 verletzlichsten Gruppen. Indem wir sicherstellen, dass auch die Schwächsten

20 Zugang zu ihren
21 vollen Rechten haben, auch mittels unabhängiger Beschwerdestellen, unabhängigem
22 Menschenrechts-Monitoring, anwaltlicher und rechtspolitischer Vertretung, sowie
23 *human rights*
24 *budgeting*, stärken wir die Gesellschaft und das demokratische System als Ganzes.
25 Wenn wir
auf die Bedürfnisse und Rechte derjenigen achten, die am meisten Unterstützung
benötigen,
fördern wir zudem ein gerechtes und inklusives System für uns alle. Letztlich
profitieren
wir alle von einer Gesellschaft, die die Würde und Freiheit jedes Individuums
respektiert
und schützt.

26 **Gerade wenn uns der Wind von rechts entgegenbläst, müssen wir zu unseren Werten**
27 **von**
Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stehen und für sie kämpfen.

28 Wir erkennen an, dass erhebliche Herausforderungen bei der Unterbringung von
29 Geflüchteten
30 und in der sozialen Infrastruktur, wie Schulen und Kindergärten, bestehen.
31 Dennoch sind
32 Abschottung, Abschiebung und eine immer schlechtere Behandlung – wie die
Einführung der
Bezahlkarte und der Ausschluss von Sozialleistungen – nicht der richtige Ansatz,
um diese
Probleme zu bewältigen.

33 Die Asylrechtsverschärfungen von CDU und SPD mögen zwar Härte im Umgang mit
34 Geflüchteten
35 auch und gerade in einer krisenhaften Zeit, die in Europa viele rechte
36 Regierungen und
37 Wahlerfolge für rechtsextreme Parteien wie die AfD hervorgebracht hat,
38 signalisieren, doch
39 sie lösen die bestehenden Probleme nicht, sondern verstärken sie. Für den Fall,
40 dass eine
41 Politik der Entrechtung tatsächlich umgesetzt würde, würde das den Übergang von
42 der
43 freiheitlichen Demokratie zum Autoritarismus bedeuten. Für den wahrscheinlicheren
44 Fall, dass
45 die Politik der Entrechtung in der freiheitlichen Demokratie nicht umsetzbar ist,
46 wird das
47 Resultat sein, dass sie rechte Stimme bestärkt, anstatt sie zu entwaffnen. Denn
dieses
Ergebnis bestätigt nur extreme, rassistische und antidemokratische Narrative und
rückt sie

als sagbar in die Mitte der Gesellschaft. Rechtspopulistische Entrechtungspolitik hält auch verfassungs- und menschenrechtlicher gerichtlicher Kontrolle nicht stand – zumindest nicht im menschenrechtsbasierten politischen System der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Diese institutionelle Dynamik führt in ohnehin krisenhaften Zeiten zu weiteren Vertrauensverlusten der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik.

48 Der sich vor unseren Augen abspielende rechtspopulistische Überbietungswettbewerb
49 spielt
50 Rechtsextremist*innen in die Hände, deren menschenverachtende
51 Deportationsphantasien
52 plötzlich salonfähig werden. Das von der CDU von der AfD kopierte und kürzlich
53 sogar ins
neue Grundsatzprogramm der CDU aufgenommene „Ruanda-Modell“ zur faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in Europa ist ein ebenso herausragendes wie abschreckendes Beispiel für die Normalisierung rechter Politik und die Radikalisierung des Konservatismus.

54 Darüber hinaus sendet die Politik der Entrechtung fatale Signale in die
55 Migrationsgesellschaft, die uns bereichert und auf die wir angewiesen sind.

56 Arbeitsverbote sowie fehlende Integrations- und Teilhabeangebote wie
57 Ausbildungsplätze und
58 Beschulung in Regelschulen anstatt in Aufnahmeeinrichtungen, wie es in Berlin
59 passiert,
60 führen zur Isolation von Migrant*innen und verhindern deren aktive Teilnahme an
61 unserer
Gesellschaft. Dies ist von niemandes Interesse, da sie so unselbstständig und unmündig gemacht werden, während vom Staat eingesetzte Mechanismen die Verantwortung für das Leben dieser Menschen übernehmen müssen.

62 Zudem verstärken die Unterbringung in Massenunterkünften und die Ghettoisierung
63 die
64 Entfremdung und Isolation und können zu einer Zunahme von Kriminalität führen. Statt Kriminalität und Extremismus zu bekämpfen, werden sie durch diese Maßnahmen begünstigt.

65 Eine Einteilung in „nützliche“ Migrant*innen (Arbeitskräften, die bleiben dürfen)
66 und
67 „irreguläre“ Schutzsuchende, die abgeschoben werden sollen, gefährdet unsere
68 freiheitliche
69 Demokratie, spaltet unsere Gesellschaft und macht wirtschaftlich keinen Sinn.
70 Neben der
71 Tatsache, dass selbst bei gut ausgebildeten Menschen oft keine legale Möglichkeit
der
Einreise besteht, werden hier die Chancen verkannt, die auch diejenigen für
unsere
Gesellschaft darstellen, die noch zusätzliche Sprachkenntnisse oder
Bildungsabschlüsse
erwerben müssen.

72 Die Radikalisierung in den Forderungen der in Berlin regierenden CDU und SPD,
73 stark
74 beeinflusst durch die erschütternden Wahlergebnisse in Thüringen, Sachsen und
75 Brandenburg,
76 verstärkt die soziale Ausgrenzung der Schwächsten, führt zu einer weiteren
77 Spaltung der
Gesellschaft und spielt antidemokratischen Kräften in die Hände. Letztlich ist es
entscheidend, die Würde und Rechte aller Menschen zu achten, um ein gerechtes und
inklusives
System zu fördern.

78 Die von Kai Wegner und Iris Spranger geforderten Maßnahmen zur Verschärfung des
79 Asylrechts
80 sind nichts anderes als rechtspopulistische Symbolpolitik in Reaktion auf
81 schreckliche
82 Ereignisse wie das Messerattentat in Solingen und den glücklicherweise
83 vereitelten
84 Terroranschlag auf die israelische Botschaft in Berlin. Wir lehnen jegliche
85 Generalisierungen und Rassismen gegenüber Geflüchteten, Menschen mit
86 Migrationsgeschichte
87 und muslimisch gelesenen Menschen ab. Die Tat einer Einzelperson lässt in
88 keinster Weise
einen Rückschluss auf geflüchtete Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte
oder
muslimisch gelesene Menschen im Allgemeinen zu. Statt Menschen auf Grund ihrer
(vermeintlichen) Herkunft unter Generalverdacht zu stellen und ihre Rechte weiter
einzuschränken, sollten bei der Erarbeitung politischer Konsequenzen Hintergründe
von
Radikalisierung und psychischer Erkrankung identifiziert und ausgewertet werden.

89 Zunehmende Kürzungen im sozialen Bereich, insbesondere in der psychosozialen
90 Versorgung von

91 geflüchteten Menschen, aber auch die zunehmend desolate Situation in den
92 Wohnheimen, führen
93 zu einer Prekarisierung von psychischen Auffälligkeiten, gleichzeitig fehlt es an
94 Prävention
95 von Radikalisierung. Hinzu kommt, dass das deutsche Asyl- und Migrationssystem,
96 durch einen
97 Mangel an Identifikation von Hilfebedarfen, Personalmangel und menschenunwürdigen
Bedingungen in Behörden und Unterkünften, Belastungsfaktoren und Vulnerabilität
erhöht,
statt Unterstützung zu bieten. Ein System, das Menschen handlungsunfähig macht
und in
menschenunwürdigen Bedingungen ausharren lässt, verstärkt psychische Belastung
und
Erkrankung, Wut und Radikalisierung, anstatt diese zu bekämpfen.

98 Extremismus, insbesondere Islamismus, kann nicht durch Gesetzesverschärfungen wie
99 die
100 Streichung der Grundversorgung von Schutzsuchenden und Abschiebungen bekämpft
101 werden.
102 Migrationspolitik im Kontext von Terrorismusbekämpfung zu diskutieren ist ein
gravierender
politischer Fehler. Vielmehr wird unsere freiheitliche Demokratie dadurch
gefährdet und an
den Rande des Übergangs zum Autoritarismus geführt.

103 Geflüchtete unter Generalverdacht zu stellen, immer weiter zu entrechten und für
104 die
105 multiplen Krisen unserer Zeit verantwortlich zu machen, ignoriert die Realität,
dass viele
dieser Menschen selbst vor Islamismus und Terror fliehen mussten.

106 Die aktuellen Vorschläge von Kai Wegner stehen für einen Populismus, der die
107 Radikalisierung
des Konservatismus vorantreibt und unsere Demokratie gefährdet.

108 Wir müssen uns dem entschieden entgegenstellen.

109 Diese Maßnahmen lösen keine Probleme, sondern machen das Leben vieler Menschen
110 beschwerlicher.

111 Diese Entwicklung macht unser Land ärmer und ist ein Nährboden für extremistische
112 Parteien
wie die AfD, deren falsche, autoritäre und menschenfeindliche Narrative nur
gestärkt werden.

113 Unsere Antwort auf Trumpismus, AfD-Wahlerfolge und den sich immer weiter
114 radikalisierenden
115 Konservatismus der Merz- und Wegner-CDU muss auf Prävention und demokratischer
116 Teilhabe
basieren. Demokratieförderung, Menschenrechts- und Sozialpolitik sind
entscheidende
Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus und Rechtspopulismus.

117 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die die Vielfalt unserer
118 Gesellschaft stärkt
und die Freiheit aller verteidigt.

119 Ein herausragendes Beispiel für die konstruktive Gestaltung von Teilhabe in
120 Berlin ist das
121 Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG),
122 das aus
123 einer Initiative der Bündnisgrünen Fraktion hervorgegangen ist. Durch die
124 Förderung von
125 Integration und Partizipation wird der soziale Zusammenhalt gestärkt, was zu
einer
harmonischeren und stabileren Gesellschaft beiträgt. Insgesamt stellt das Gesetz
einen
bedeutenden Fortschritt in Richtung einer gerechteren und inklusiveren
Stadtgesellschaft
dar, die die Potenziale aller ihrer Mitglieder erkennt und fördert.

126 Ein weiteres zukunftsgerichtetes Beispiel für Teilhabe und Mitgestaltung in
127 unserer
128 Migrationsgesellschaft ist die Bundesratsinitiative der Fraktionen von SPD,
129 BÜNDNIS 90/DIE
130 GRÜNEN und Die Linke vom 20. Oktober 2022. Diese Initiative fordert, dass der
131 Senat im
132 Rahmen seiner Kompetenzen darauf hinwirkt, das Wahlrecht für Unionsbürger*innen
auf die
Landesebene zu erweitern. Zudem soll Drittstaatsangehörigen, die seit mindestens
fünf Jahren
in Deutschland leben, ebenfalls das Wahlrecht auf Landes- und kommunaler Ebene
ermöglicht
werden.

133 Statt in alte reaktionäre Muster zurückzufallen, die unsere
134 Migrationsgesellschaft nicht
135 anerkennen und unsere freiheitliche Demokratie gefährden, sollten wir mutig
136 zukunftsorientierte Projekte vorantreiben. Nur so können wir als
Stadtgesellschaft

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt leben.

Begründung

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/migration-wegner-offen-fur-neuausrichtung-des-grundrechts-auf-asy-12584759.html>

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/familien-trennen-warnungen-verhindern-berlins-innensenatorin-legt-funfpunkte-plan-fur-mehr-abschiebungen-vor-12363491.html>

https://www.cdu-fraktion.berlin.de/image/daten/blog_202407081050_240707_positionspapier_migration_integrati-on_wirtschaft.pdf

<https://taz.de/Deutsche-Asylpolitik/!6041565/>

<https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IIIPlen/vorgang/d19-0609.pdf>

[https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipation-in-der-migrationsgesellschaft/#:~:text=Das%20Gesetz%20soll%20die%20Partizipation,Berliner%20Stadtge-sellschaft%20\(Migrationsgesellschaft\)%20fördern%20und](https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipation-in-der-migrationsgesellschaft/#:~:text=Das%20Gesetz%20soll%20die%20Partizipation,Berliner%20Stadtge-sellschaft%20(Migrationsgesellschaft)%20fördern%20und)

Natascha Strobl: Radikalisierte Konservatismus

Natascha Strobl argumentiert, dass die Radikalisierung konservativer Parteien in Europa auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist. Sie betont, dass viele dieser Parteien sich zunehmend populistischer Rhetorik bedienen, um Ängste in der Bevölkerung zu schüren, insbesondere in Bezug auf Migration, Identität und Sicherheit. Diese Strategie zielt darauf ab, Wähler*innen zu mobilisieren, die sich in einer sich schnell verändernden Gesellschaft bedroht fühlen.

Strobl hebt hervor, dass die Radikalisierung oft mit einer Abkehr von traditionellen konservativen Werten einhergeht, hin zu extremen Positionen, die xenophobe und nationalistische Tendenzen fördern. Diese Entwicklung kann zu einer Spaltung innerhalb der Gesellschaft führen und demokratische Prinzipien untergraben, da die Diskurse polarisiert und extremisiert werden.

Insgesamt warnt sie davor, dass diese Radikalisierung nicht nur die politischen Landschaften destabilisiert, sondern auch das Fundament der Demokratie gefährdet.

Die Forderungen von SPD und CDU können als klares Indiz für die Radikalisierung konservativer Parteien im Sinne von Natascha Strobl betrachtet werden, weil sie typische Merkmale populistischer und extremisierender Politiken aufweisen:

1. **Populistische Rhetorik:** Die Betonung auf Sicherheit und der Aufruf zu härteren Maßnahmen gegen Migrantinnen spricht Ängste in der Bevölkerung an. Dies ist eine Strategie, die darauf abzielt,

Wählerinnen zu mobilisieren, die sich durch soziale Veränderungen bedroht fühlen.

2. **Spaltung der Gesellschaft:** Die Forderungen schaffen eine dichotome Sichtweise, die zwischen „nützlichen“ und „irregulären“ Migrant*innen unterscheidet. Diese Art der Kategorisierung fördert eine Spaltung innerhalb der Gesellschaft und verstärkt das Gefühl der Fremdenfeindlichkeit.

3. **Abkehr von traditionellen Werten:** Anstatt integrative und gerechte Lösungen zu fördern, setzen SPD und CDU auf repressive Maßnahmen, die oft in Konflikt mit grundlegenden Menschenrechten stehen. Dies steht im Widerspruch zu den demokratischen Prinzipien und könnte als Radikalisierung der politischen Ansätze interpretiert werden.

4. **Vereinfachung komplexer Probleme:** Indem komplexe gesellschaftliche Herausforderungen wie Migration und Integration auf einfache, populistische Lösungen reduziert werden, wird der gesellschaftliche Diskurs polarisiert. Dies ist ein zentrales Merkmal der Radikalisierung, die Strobel in ihrer Analyse beschreibt.

Insgesamt spiegeln die Forderungen von SPD und CDU die Tendenz wieder, sich populistischen und extremistischen Rhetoriken zuzuwenden, was in Strobls Analyse als gefährlich für die demokratische Kultur angesehen wird.